

ANFRAGE

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Eingang	18.04.2023
Federführend	1/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

26.04.2023

Betreff:

**"Deutschlandticket" als Jobticket bei der Stadtverwaltung
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Abteilung 1/1 Personal und Organisation

Siegen, 26.04.2023

Auskunft: Dirk Helmes, M.A.
Telefon: 404-1412

1. Frage: Wird die Stadt Siegen ihren Beschäftigten das Deutschlandticket als Jobticket anbieten? Ab wann wird es ggfls. eingeführt? Wenn dies nicht geschehen soll, welches sind aus Sicht der Verwaltung die Gründe?

Antwort: Derzeit wird geprüft, ob die Stadt Siegen das Deutschlandticket finanziell unterstützen kann. Erste Informationen der VWS über deren Angebot lagen am 14.02.2023 hier vor, ein konkretes Angebot dann am 22.03.23. Die Stadt Siegen hatte sich im Vorfeld bereits thematisch mit der Frage befasst und eine interkommunale Umfrage ausgewertet. Von den 18 antwortenden Kommunen in NRW mit vergleichbarer Größenordnung planten ca. 5, das Deutschlandticket zu unterstützen, 4 haben

sich dagegen entschieden, der Rest prüft den Sachverhalt (Stand März 2023). Außerdem wurde die Frage beim Treffen der Leitenden Bürobeamten am 13. März diskutiert. Auch hier war kein einheitliches Bild festzustellen (eine Kommune setzt es um, die meisten haben rechtliche Bedenken).

Mit der Einführung müssten verschiedene rechtliche Fragen geklärt sein, die derzeit noch nicht beantwortet sind bzw. teilweise wird die Bezuschussung tarif- und beamtenrechtlich kritisch bis nicht möglich bewertet. Dies betrifft zum einen das Landesbesoldungsgesetz NW hinsichtlich der Besoldungsbestandteile sowie eine Aussage des KAV NW gegenüber der Stadt Siegen, dass eine tarifkonforme Umsetzung nicht möglich sei.

Erheblich einfacher wäre die Einführung, wenn die Tarifvertragsparteien im Zuge des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst die finanzielle Förderung des Deutschlandtickets für Beschäftigte mit aufnehmen. Die Stadt Siegen hatte sich entschlossen, diesen Tarifabschluss zunächst abzuwarten, weil verschiedene Anhaltspunkte darauf hindeuteten, dass dies Gegenstand dessen sein könnte.

Nach den aktuellen Informationen von 22./23.04.2023 zum Tarifabschluss wurde die Frage allerdings nicht mitentschieden. Der Tarifabschluss steht allerdings noch unter Vorbehalt. Insofern bleibt die o. g. rechtliche Klärung zu vervollständigen. Momentan sieht die Stadt Siegen keine (tarif- und besoldungs-)rechtliche Möglichkeit, das Deutschlandticket als Arbeitgeberin zu bezuschussen. Wegen des hohen Interesses wäre eine solche aber zu erwarten bzw. wünschenswert und dies würde in jedem Fall stadtintern weiter verfolgt.

Aus Sicht des Klimaschutzes, der Arbeitgebendenattraktivität sowie der Unterstützung des hiesigen Zweckverbandes und Beförderungsunternehmens würde die Verwaltung eine Lösung sehr begrüßen.

2. Frage: In welchem Umfang wird das bisherige Angebot „Jobticket“ bei der Stadtverwaltung Siegen genutzt? Lässt sich abschätzen, wie groß der Kreis der Interessierten an dem Deutschland-Ticket als Jobticket sein könnte?

Antwort: Das Jobticket hatte zuletzt 49 Nutzer, davon 27 für das Jobticket Plus, welches für 75,70 € im ganzen südwestfälischen Raum genutzt werden kann. Das normale Jobticket kostet 54 €. Auf eine Abfrage hin haben nunmehr die meisten Nutzer das Jobticket gekündigt. Es verbleiben mit Einführung des Deutschlandtickets noch 15 Nutzer für das Jobticket.

Es ist schwierig, eine Prognose über das Interesse am Deutschlandticket abzugeben. Davon ausgehend, dass die Prognose auf der Basis eines durch die Arbeitgeberin geförderten Tickets abgegeben werden soll, rechnet die Verwaltung mit einer höheren Anzahl als bisher.

3. Frage: In welcher Art und Weise soll die Politik in die anstehenden Entscheidungen einbezogen werden? Weshalb gab es bisher noch keine Unterrichtung der Politik über diesen Sachverhalt?

Antwort: Sofern Entscheidungen in dieser Frage notwendig sind, bewertet es die Verwaltung als laufendes Geschäft derselben (§ 41 Abs. 3 GO NRW). Vorab sind jedoch nach jetzigem Kenntnisstand tarifliche und rechtlichen Anpassungen notwendig, die an anderer Stelle erfolgen müssen. Sofern Haushaltsmittel für den Fall einer Umsetzung notwendig sind, wird dies in die politischen Gremien eingebracht.